



## BEVÖLKERUNG & GEWERBE ENTLASTEN

### Hintergrund

*Simone Brander, Vize-Fraktionspräsidentin*

Schon vor der Corona-Krise war gemäss Umfragen die drittgrösste Sorge der Zürcher Bevölkerung, dass das Leben in Zürich immer teurer wird. Viele Menschen haben Angst, aus der Stadt verdrängt zu werden. Und obwohl vieles immer teurer wird, halten die Löhne nicht Schritt.

Gleichzeitig gibt es grosse Profiteure: Grosskonzerne lassen ihre Bürogebäude zu Tiefstlöhnen reinigen, und die grossen Modekonzerne an der Bahnhofstrasse bezahlen ihren Angestellten im Detailhandel Dumping-Löhne. 17 000 Personen verdienen für eine 100%-Stelle weniger als 4000 CHF.

Die Situation wurde durch die Corona-Pandemie weiter akzentuiert: Selbständigerwerbende und Angestellte in Kurzarbeit erleiden deutliche Lohneinbussen. Kleinunternehmen werden durch die hohen Fixkosten bei den Mieten erdrückt, und täglich lesen wir alle von drohenden Konkursen und menschlichem Leid durch die finanziellen Belastungen der Krise. Für die SP ist klar: Wir müssen die Bevölkerung und das Gewerbe finanziell entlasten und weiter daran arbeiten, dass in Zürich niemand durch die Maschen fällt.

### Das haben wir in dieser Legislatur schon erreicht

*Florian Utz, Vize-Fraktionspräsident*

In den letzten Jahren ist es der SP-Fraktion mehrfach gelungen, den Mittelstand sowie auch ärmere Menschen finanziell zu entlasten. So haben wir die Wintermantelzulage deutlich erhöht: Für Alleinstehende von 300 auf 500 Franken und für Ehepaare sowie Alleinstehende mit Kindern von 450 auf 750 Franken. Weiter hat der Gemeinderat die Stipendien nicht nur erhöht, sondern dank einem Antrag der SP auch den Kreis der Berechtigten erweitert. Umgekehrt haben wir auch Mehrbelastungen erfolgreich bekämpft: Insbesondere ist es uns gelungen, die mehrfach beantragte Erhöhung der Gebühren in den Alters- und den Pflegezentren wiederholt zu verhindern.

Neben der Bevölkerung haben wir auch das Gewerbe finanziell entlastet. Gerade vor wenigen Monaten haben wir im Rahmen der Beratung des Budgets 2021 dem Stadtrat die erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt, um Gewerbetreibende und Selbständigerwerbende in Zeiten der Corona-Pandemie direkt finanziell unterstützen zu können. Zudem haben wir auch einen Antrag auf einen umfassenden Gebührenerlass für das Gewerbe gestellt: Bei 34 verschiedenen Gebühren haben wir eine temporäre Streichung verlangt, was der Stadtrat inzwischen auch umgesetzt hat. So müssen beispielsweise bis Mitte

2021 keine Gebühren für Taxibewilligungen, für die Boulevardgastronomie, für Marktbewilligungen oder für Gastgewerbepatente bezahlt werden. Aber die SP setzt sich nicht erst seit der Corona-Pandemie für das Gewerbe ein. So haben wir beispielsweise schon vor Jahren erfolgreich den Antrag gestellt, dass auf eine geplante Erhöhung der Gebühren für die Boulevardgastronomie verzichtet wird.

Für sich allein mögen das alles kleine Massnahmen sein. In der Summe führen sie aber doch dazu, dass vielen Menschen – namentlich auch vielen Gewerbetreibenden – etwas mehr finanzieller Spielraum bleibt – und somit mehr Geld zum Leben. Gerade jetzt in der Krise zählt für die Betroffenen jeder Franken. Und wir sind überzeugt davon, dass wir hier das Richtige getan haben - für die betroffenen Menschen, aber auch für die Stadt Zürich. Denn unsere Stadt ist und bleibt dann stark, wenn wir nach der Krise dort weitermachen können, wo wir vor der Krise gestanden sind. Jeder Franken, der dazu beiträgt, ist deshalb gut investiert.

## **Unsere Forderungen und Schwerpunkte in der Sozialpolitik**

*Davy Graf, Fraktionspräsident*

Es braucht nun endlich einen Mindestlohn – und zwar für alle Branchen. Es darf nicht sein, dass in der Stadt Zürich der Lohn nicht zum Leben reicht. Darum haben wir gemeinsam mit Gewerkschaften und Hilfswerken eine Mindestlohn-Initiative lanciert.

Wir möchten auch unsere Sozialwerke verteidigen und stärken. So fordern wir in einem überwiesenen Vorstoss die Erhöhung des Grundbedarfs bei der Sozialhilfe – gerade in Zürich. Weiter möchten wir Menschen unterstützen, die sich trotz eines Anspruchs nicht an die Sozialhilfe wenden oder wenden können. Es darf in Zürich nicht vorkommen, dass Menschen, beispielsweise aufgrund ihres Aufenthaltsstatus, nicht an die finanzielle Unterstützung gelangen, die sie dringend benötigen.

Wir wollen, dass die Bevölkerung auch im Alter in Würde leben kann. Mit einer Motion verlangen wir darum Entlastungsangebote im Pflege- und Betreuungsbereich für pflegebedürftige Menschen, die noch zu Hause leben. Damit ist zusätzlich auch all den Angehörigen geholfen, welche körperlich – aber auch finanziell – bei der Unterstützung an ihre Grenzen kommen.

Die Betreuungsangebote wie Kitas und Horte sind aus unserem Leben nicht mehr wegzudenken. Doch bleibt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unerfüllt, wenn aus finanziellen Gründen die Angebote nicht in Anspruch genommen werden. Darum fordern wir bei den Kitas tiefere Elternbeiträge und die Streichung der Gebühren bei der Tagesschule. Die Unentgeltlichkeit der Volksschule ist unbestritten – wie lange braucht es wohl, bis dies auch für die Betreuung eingesehen wird?

Die Auswirkungen der Covid-Pandemie auf die Beschäftigung und das Gewerbe sind noch nicht absehbar. Mit unseren Vorstösse und Budgetanträgen haben wir jetzt schnell und unkompliziert geholfen. Für uns ist klar, dass dies auch in Zukunft gilt. Die Schulden dürfen nicht auf den schon jetzt hart Betroffenen sitzenbleiben. Die gesellschaftliche Solidarität muss auch dann noch funktionieren, wenn wir aus dem Krisenmodus raus sind. Die Biographien der jungen Menschen, der Selbstständigerwerbenden und Angestellten darf keinen Knick bekommen. Wir wollen im Gegenteil, dass wir die Wirtschaft neu lancieren und denken, so z.B. mit unserem 100-Mio.-Fonds für Start-ups, welche der Klimakrise entgegenwirken und einen gesellschaftlichen Mehrwert schaffen.